

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Verlagsanstalt
Dresden 1888,
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 46.

Sonntag, 23. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Entstehens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Räume des Anzeigens sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Rubriken beträgt, wenn der Vertrag verläuft, dazu Stange eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät, Zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeilage "Späher an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Volkstrauertag.

Was eine Gemeinschaft bildet, sind gemeinsam erlebte Schicksale, gemeinsame Freuden, gemeinsame Leiden. Wir meinen freilich nicht zufällig gemeinsam erlebte Schicksale, sondern solche, die man bewußt als ein gemeinsames empfindet. Was treue Gefährten, was Eltern und Kinder, was treue Freunde gelebtes verbindet, das ist das gemeinsame Interesse an gleichen Erlebnissen; das sind die Wünsche und Sorgen, in denen man sich begegnet, Dankbarkeit für die gleichen Erfüllungen, Schmerz über die gleichen Enttäuschungen. Diese Gemeinschaftlichkeit des bewußten Zusammenlebens ist auch das Fundament der Volksgemeinschaft. Man spricht viel von Sprache und Kultur, von Rasse und Charakteranlage. Diese Faktoren sind gewiß nicht unbedeutend, aber sie wären für sich allein trotzdem nicht imstande, ein Volk innerlich zusammenzuhalten. Schon der alte Philosoph Plato verlangt es in seiner Staatslehre, daß Menschen des gleichen Stammes, der gleichen Sprache und des gleichen Landes sich über entgegengesetzte Dinge freuen oder bekümmern können. Die einen jubeln über das, was die anderen schmerzt; sie leiden mit dem, was die anderen an Freude erfahren. So Plato! Er führt es auf die übermäßigen Unterschiede in Besitz und Bildung zurück, wenn ein Volk so in sich selber auseinandergeht. Um diese geistigen und sozialen Risse zu überbrücken, entwarf er das Bild seines kommunistischen Zukunftsstaates. Gemeinsamer Besitz, glaubte er, werde die Menschen auch gemeinsam fühlen lassen; er würde Reiz und Eifersucht zum Schwenden bringen. Umgekehrt freilich der realpolitische Aristoteles: Nie ganken sich die Menschen mehr, meint er, als wenn sie irgend ein Gut gemeinsam verwalteten sollen; von Gemeinschaft der Frauen und Kinder gar nicht erst zu reden! Wohl aber kann man Plato darin recht geben, daß er in der Berechtigung der Forderung, im gerechten Ausgleich von Besitz und Bildung die unentbehrliche Voraussetzung für die Volksgemeinschaft sieht, wobei man nicht gleich wie er an den Kommunismus zu denken braucht. Das letzte Problem aber ist auf alle Fälle: in den elementarsten Gefühlen der Volksgemeinschaft die Gemeinschaft zu schaffen. Dieses Gefühl für die Volksgemeinschaft der Schicksale müßte so hart sein, daß es durch keine Sophisterei mehr zerlegt, durch keine kleinlichen egoistischen Sonderinteressen mehr erdrückt werden könnte.

Groß genug war eigentlich das Erlebnis des Weltkrieges, um unserm Volke die schicksalshafte Verbundenheit aller seiner Glieder zum Bewußtsein zu bringen. Wir haben ja auch in den Augusttagen 1914 ein starkes, unvergeßliches Erlebnis in dieser Richtung gehabt. Der langen Dauer und dem unglücklichen Ausgange des Krieges hielt es dann freilich leider nicht stand. Aber eigentlich nur umsonst berechtigt ist der Versuch, die Erinnerung an jene großen Tage noch zu halten und die nicht mehr in wünschenswert Nähe vorhandene Volksgemeinschaft wenigstens als Aufgabe immer wieder dem Bewußtsein nahe zu bringen. Das will auch der Volkstrauertag. Man sollte meinen, daß diese Aufgabe nicht gar zu schwer zu erfüllen wäre, denn großes Leid und große Sorge haben wir Deutschen im Kriege und nach dem Kriege die Erinnerung an die Millionen Toten des Weltkrieges und jetzt auch noch der Druck des ungeheuerlichen Kriegsdienstes und der Kummer über Deutschlands verminderte Macht und Ehre. Es muß schon einigermaßen verblendet sein, wer sich einbildet, daß ihn dieses gemeinsame Schicksal nichts angehe; daß er oder sein Beruf oder sein Stand sich den Folgen des gemeinsamen Verhängnisses entziehen könne. Sicherlich wird sich auch an unserm Volke einmal bewähren, daß gemeinsame Not zusammenschweißt, wie sie die Feldgraben in den Schützengräben an der Front zusammenschweißte. Aber noch sind wir nicht so weit. Noch ist der Volkstrauertag keine offizielle Sache, noch halten sich viele Kreise unseres Volkes von seiner Veranschaulichung fern. Und ist man sich aber die Sache eines Volkstrauertages an sich einig, dann freilich man wenigstens über das Datum. Die Protestanten haben ihren Volkstrauertag, die Katholiken ihren Allerheiligsten, den Tag des unglücklichen Waffenstillstandes wollen die einen, den der unglücklichen Friedensunterzeichnung die anderen zum offiziellen Trauertag machen. Sicherlich hat auch das seinen Wert, daß wenigstens in diesen und in jenen Kreisen die nur allzu berechtigte Stimmung der Trauer unserm nationalen Unglück gegenüber nachgehalten wird, auch wenn es nicht überall an demselben Tage geschieht. Aber es wäre doch wohl ein viel gewaltigerer Strom der Gefühle, es wäre eine, auch schon äußerlich betonte Gemeinschaft, wenn man sich in ganz Deutschland, bei allen Parteien und bei allen Konfessionen, auf einen bestimmten Tag im Jahre einigen könnte; auf einen Sonntag, wie ihn die Römer in Erinnerung an die Hannibal-Gefahr regelmäßig begluten. Da wird denn alt und jung genötigt, anzuhören, da muß das Weltaltersleben einen ersten Augenblick pausieren, da wird die Flut der Vergessenen für ein paar stille Stunden unterbrochen. Ein solcher nationaler Trauertag würde für sich selbst wieder ein großes gemeinsames Erlebnis werden. Seine passive und erzieherische Wirkung läge auf der Hand. Der einzelne würde auch durch ihn bewußt in den Strom des gemeinsamen Schicksals erlebnisses eingegliedert. Wir würden dann wirklich einmal, 80 Millionen, über dieselbe Angelegenheit vereint betrüben, und aus dieser Betrübtheit heraus und aus gemeinsamen Wünschen und Hoffnungen erheben können. Wir müssen es der Entwicklung zur Zukunft überlassen, ob ein solcher nationaler Tag aus

Vorläufiges Ende der Koalitionsverhandlungen.

von Berlin. Die Bemühungen des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun, die große Koalition in Preußen zustande zu bringen, müssen vorläufig als gescheitert gelten, nachdem Braun selbst am Freitag erklärt hat, daß nach Ablehnung seines letzten Vorschlages seine Mission erledigt sei. Dieser Vorschlag hatte bekanntlich darin bestanden, daß die Deutsche Volkspartei den preussischen Handelsministerstellen und außerdem den Reichsminister Dr. Curtius als Minister ohne Portfeuille in das preussische Kabinett einträte. Das hatte die Deutsche Volkspartei abgelehnt und gleichzeitig umgekehrt vorgeschlagen, das Zentrum möge sich mit zwei Ministerposten in Preußen begnügen und außerdem einen Vizepräsidenten zum Reich stellen. Diesen Gegenantrag hat jedoch am Freitag das Zentrum seinerseits abgelehnt. Im Auftrag des Ministerpräsidenten teilte Staatssekretär Weismann diese Ablehnung dem volksparteilichen Fraktionsführer Stendel mit und fügte hinzu, Braun betrachte damit seine Mission als erledigt. Daraus änderte auch eine am späten Nachmittag abgehaltene kurze Besprechung nichts, in welcher Dr. Braun dem Abg. Stendel die Frage vorlegte, ob er noch einen Vorschlag zu machen hätte. Stendel verneinte diese Frage und erklärte, man müsse nunmehr zunächst die Entwicklung im Reich abwarten.

Aus Kreisen der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hört übrigens das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungserleger, daß die Verhandlungen über die Umbildung der Preußenregierung nicht nur an der Frage der Ministerstelle gescheitert seien, sondern auch an der Tatsache, daß bei den letzten Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und dem volksparteilichen Führer Stendel die Konfordsfrage sehr hart in den Vordergrund gerückt ist. Nach dieser Darstellung hat Dr. Braun auf Veranlassung des Zentrums von der Volkspartei verlangt, sie solle sich verpflichten, das Konfordat in einer Formulierung mitzumachen, die von den Regierungsparteien noch ausgearbeitet werden sollte. Dabei habe man es aber abgelehnt, der Deutschen Volkspartei vorher Einblick in den gegenwärtigen Stand der Konfordsverhandlungen zu geben. Unter diesen Umständen seien die Verhandlungen über die Koalition zum Scheitern verurteilt gewesen.

Demgegenüber hören wir aus Kreisen der Regierungsparteien in Preußen, daß es nicht beabsichtigt gewesen sei, die Deutsche Volkspartei bei den Konfordsverhandlungen anzuschließen. Die preussische Zentrumsfraktion gibt eine zusammenfassende Darstellung der Verhandlungen der letzten Tage, in der die Schuld an dem Scheitern dieser Verhandlungen der Deutschen Volkspartei zugeschoben wird. Den Gegenantrag der Deutschen Volkspartei habe das Zentrum abgelehnt, schon weil es im Reichskabinett überhaupt nicht vertreten sei und weil außerdem der Liberalismus im preussischen Kabinett schon jetzt über seine parlamentarische Stärke hinaus vertreten sei und das Zentrum sich einer überwiegend anders gerichteten Mehrheit gegenübersehe. Das Zentrum werde die Vermutung nicht los, daß bei der Haltung der Volkspartei die Konfordsfrage eine Rolle spielen und daß diese Frage zu einem Handelsobjekt gemacht werden sollte, worauf das Zentrum auf keinen Fall eingehen könne. Es sei nunmehr abzuwarten, ob es Herrn Stresemann gelänge, die widerwärtige Preußenfraktion der Volkspartei zu einer anderen Haltung zu bewegen.

Über die weitere Entwicklung im Reich, wo die Koalitionsfrage ja nur zurückschoben worden war, weil man sie gleichzeitig mit der preussischen lösen wollte, verläutet bisher nur, daß eine Auflösung des Reichstages angesichts der schwebenden Reparationsverhandlungen und des vollkommen ungelösten Schicksals des Reichskabinetts nach Möglichkeit vermieden werden soll. Reichskanzler Brücker selbst hat sich dahin geäußert, daß er nicht überbürge, sondern mit seinen weiteren Entscheidungen zunächst bis Anfang nächster Woche warten will. Im Reichstage neigt man am meisten zu der Erwartung, daß noch einmal der Versuch gemacht wird, die Koalitionsverhandlungen in irgend einer Form wieder in Fluß zu bringen.

dem jetzigen Volkstrauertag werden wird. Wir wollen es hoffen. Das gewaltige große Schicksal, an das er erinnert, dürfte soviel Macht in sich haben, daß es schließlich kleinliche Bedenken überwindet. Wird doch auch die Schwere dieses Schicksals mit der Länge der Zeit kaum weniger schwer, während sich vor dem Rücktritt der Geschichte die kleinen Bedenken je länger je mehr in ihrer Unwesentlichkeit herausstellen werden.

Persönlicher Meinungsaustausch unter den Sachverständigen.

* Paris. (Telunt.) Der Freitag nachmittag verließ für die Sachverständigen Sitzungstempel. Es fanden dagegen eine Reihe von Einzelgesprächen statt, die, wie verlautet, in den nächsten Tagen möglichst stark für den persönlichen und privaten Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern der einzelnen Abgeordneten ausgenutzt werden sollen. Wenn man auch auf allen Seiten endlich nur jede Andeutung darüber vermeiden, daß die Arbeit des Winter-Ausschusses nicht recht fortzuschreiten will, so hofft

Die Aussichten der Regierungsbildung.

Die Blätter aller Parteien berichten in großer Aufmachung über die einzelnen Phasen der gestrigen Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen und im Reich und nehmen teilweise sehr scharf kritisch dazu Stellung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die die Taktik der volksparteilichen Landtagsfraktion „sehr unglücklich“ nennt, behauptet, daß für die Haltung der Fraktion maßgebend waren der ziffermäßig ungünstige Charakter des Braunschen Kompromißvorschlages, die Geringschätzung des angebotenen Handelsministeriums, die Erklärung Brauns, bei einem Tausch des Handelsministeriums, etwa gegen das Kultusressort, das übrige Kompromißangebot nicht aufrecht halten zu können, die drohende Befegung des Kultusministeriums mit einem Sozialdemokraten und schließlich die Konfordsfrage. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß der Zentralvorstand der Volkspartei, der am Dienstag zusammentritt, die Bereitschaft zur großen Koalition im Reich von der bisherigen Bindung an die gleichzeitige Umbildung in Preußen trennen werde. — „Reinliche Erwartungen hegen auch die „Völkische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“. Beide Blätter sehen in dem Scheitern der Preußenverhandlungen noch keine endgültige Gefährdung der großen Koalition im Reich. In politischen Kreisen habe man den Eindruck, daß Dr. Stresemann seine ganze Autorität für eine positive Lösung der Krise einsetze werde. Eine Entscheidung des Zentralvorstandes der Volkspartei in dem angegebenen Sinne würde bedeuten, daß die Volkspartei der Ernennung von drei Zentrumministern im Reich ihre Zustimmung nicht verweigern werde. Dadurch wäre auch der Volkspartei die Verantwortung für das Scheitern der Koalitionsverhandlungen genommen. — Der „Vorwärts“ der in Zweifel zieht, daß bei den Verhandlungen in Preußen die Konfordsfrage eine Rolle gespielt habe, seines Wissens habe sich in dieser Frage überhaupt noch niemand gebunden — schreibt: „Belange es nun wirklich im Reich, die Personalfragen zu lösen, und auch in Preußen dasselbe zu erreichen, so wäre Entschuldigendes noch immer nicht damit gewonnen. Entscheidend ist nicht die Befriedigung personeller Ansprüche, sondern die sachliche Zusammenarbeit.“

Communiqué über die Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei.

* Berlin. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der die durch das Auscheiden der Zentrumspartei aus der Reichsregierung und das vorläufige Scheitern der Verhandlungen in Preußen geschaffene politische Lage beraten wurde. Der Parteivorstand nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Verhandlungen wegen des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung bisher trotz der Bemühungen der Partei zu keinem Ergebnis geführt haben. Angesichts der Entscheidungen, vor die die Reichspolitik nicht nur in Bezug auf die innere Lage, sondern namentlich auch wegen der zu erwartenden großen außenpolitischen Fragen gestellt worden ist, war der Parteivorstand der Auffassung, daß eine Verhinderung einer großen Mehrheit des Reichstages über die zu ergreifenden finanziellen Maßnahmen und die Herbeiführung einer Einheitsfront gegenüber etwaigen unbilligen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volks gefordert werden müssen. Keine Zeit sei weniger geeignet zur Herbeiführung von Krisen, Scheu vor der Übernahme von Verantwortung und Austragen von Parteikämpfen. Zur Schaffung einer einheitlichen Willensfindung der Partei angesichts der gegenwärtigen ernsten Lage beschloß der Parteivorstand, den Parteivorstand auf Dienstag, den 26. Februar, 10 Uhr nach Berlin einzuberufen.

man doch, durch den persönlichen Meinungsaustausch diejenigen Schwierigkeiten, die sich in den Sitzungen nicht überbrücken lassen, beseitigen zu können. Außerdem gilt es schon jetzt, die großen Aussprüche über die Kernprobleme die Entschädigungsfrage, die man für die nächste Woche nach Aufstellung des Programms durch den Fünfer-Ausschuss erwartet, in Einzelgesprächen vorzubereiten und die Kollegen über den eigenen Standpunkt zu unterrichten, bevor man ihn in öffentlicher Sitzung zur Sprache bringt. Diese Maßnahme hinter den Kulissen, die sich bei den Politikern so oft als recht erfolgreich erwiesen hat, dürfte bei den Wirtschaftlern gleichfalls nicht ohne Ergebnis bleiben.

Schon wieder ein Eisenbahnunfall.

Dortmund. (Funktions.) Heute früh gegen 10 Uhr wurde bei der Einfahrt des Verlonenszugs 1755, der zwischen Baunne und Dortmund verkehrt, im diesigen Hauptbahnhof ein Wagen 3. Klasse umgeworfen. Die beiden folgenden Wagen entgleiteten. Soweit bisher festgestellt, wurde 1 Reisender getötet und 7 verletzt. Die Ursache steht noch nicht fest, die Untersuchung ist eingeleitet.